ISSN 1560-6325 ISBN 3-901989-12-9 € 15,-

polylog

14 2005

ZEITSCHRIFT FÜR INTERKULTURELLES PHILOSOPHIEREN

Menschenrechte

zwischen Wirtschaft, Recht und Ethik

mit Beiträgen von

Pavel Barša

Ann Elizabeth Mayer

Gregor Paul

Yersu Kim

Benedikt Wallner

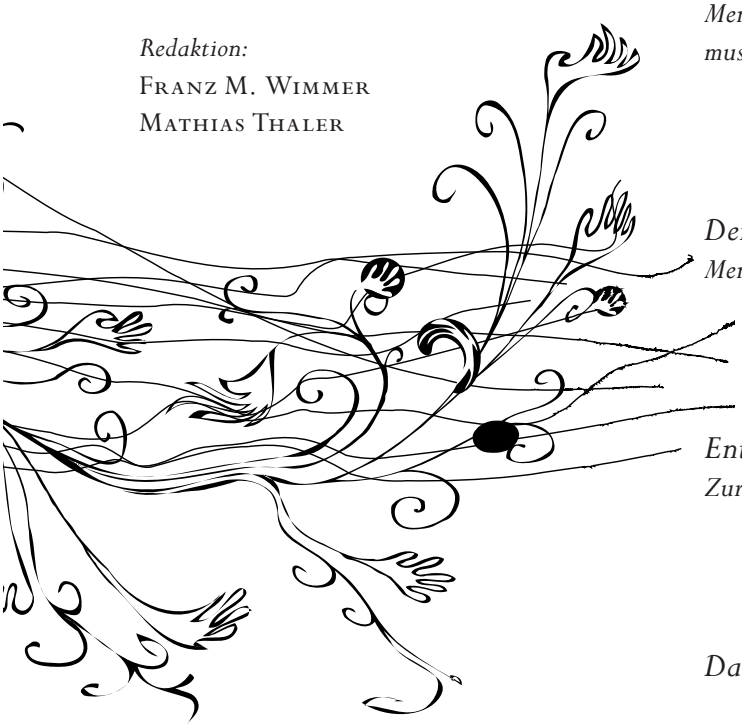
Bilahari Kausikan

SONDERDRUCK

Menschenrechte

zwischen Wirtschaft, Recht und Ethik

Redaktion:
Franz M. Wimmer
Mathias Thaler



7
PAVEL BARŠA
Krieg führen im Namen der Menschenrechte?
Vierzehn Thesen über humanitäre Interventionen

25
ANN ELIZABETH MAYER
Eine Kollision von Prioritäten
Der Streit um die selektive Anwendung internationaler Menschenrechtsbestimmungen durch die USA und muslimische Länder

41
GREGOR PAUL
Der »Krieg gegen den Terrorismus«
Menschenrechte zwischen Wirtschaft, Recht und Ethik

59
YERSU KIM
Entwicklung von Universalität
Zur Begründung der Universalität von Menschenrechten

67
BENEDIKT WALLNER
Das Menschenrecht als ein Herzustellendes

91
BILAHARI KAUSIKAN
»Asian Values« – ein pragmatischer Weg zur Universalität der Menschenrechte?
Eine E-Mail-Korrespondenz, angestiftet von Konrad Pleterski

96 Bücher & Medien
144 Impressum
145 polylog Bestellen

GREGOR PAUL

Der »Krieg gegen den Terrorismus«

Menschenrechte zwischen Wirtschaft, Recht und Ethik

Der so genannte »Krieg gegen den Terrorismus« legt erneut eine grundsätzliche Diskussion ethischer Fragen nahe. Die wichtigsten führen dabei auf »ewige Probleme« der Philosophie. Gibt es gerechte Kriege? Gibt es Ziele, die Entwürdigung und Folter und den Tod Tausender unschuldiger Menschen rechtfertigen? Deren Verfolgung ein kleineres Übel ist als das zwangsläufig mit einem Krieg verbundene Grauen? Und wenn ja: Verfolgt der »Krieg gegen den Terrorismus« solche Ziele? Oder ist er nicht vielmehr ein durch machtpolitische, militärische, wirtschaftliche, ideologische und private Interessen bestimmte Erscheinung? Wie vielleicht jeder Krieg überhaupt?

Dass der seit dem 11. September 2001 propagierte »Krieg gegen Terrorismus« Tausende unschuldiger Zivilisten das Leben gekostet hat, Entwürdigung, Mord und Folter, Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit mit sich brachte, internationales und nationales Recht verletzte, ist sicher. Wie ist dies im Licht der angesprochenen allgemeineren Fragen zu beurteilen?

In seiner gegen Hexenverbrennung und Folter gewandten *Cautio criminalis* berichtet Friedrich von Spee, dass er einen Inquisitor gefragt habe, warum man nicht der natürlichen Vernunft folge. Die Antwort sei gewesen: weil man dann »keine Hexen mehr zu verbrennen habe«.

Ich versuche zu zeigen, dass ein »Krieg gegen den Terrorismus« unmöglich wäre, wenn man gültiger Argumentation folgte. Außerdem setze ich mich mit den Fragen auseinander, warum man dies nicht tat und nicht tut und ob – falls denn überhaupt – einschlägige Argumente an Wirkung gewinnen könnten. Es geht mir also auch um die Relevanz philosophischer Ethik in der Politik überhaupt.

Gregor Paul ist Professor für Philosophie an der Universität Karlsruhe und Präsident der Deutschen China-Gesellschaft.

http://www.dcg.de/paul/

DER »KRIEG GEGEN DEN TERRORISMUS« ALS THEMA DER PHILOSOPHIE

Am 2. November 2004 wurde George W. Bush als Präsident der Vereinigten Staaten wiedergewählt. Diesen Erfolg verdankte er im Wesentlichen seinem von ihm so genannten »Krieg gegen den Terrorismus« und dessen – angeblicher – Durchführung im Irak. Er rechtfertigte sein Vorgehen unter anderem damit, dass es für den Schutz des amerikanischen Volkes unabdingbar sei. Dass sich die ursprüngliche Begründung des Irak-Krieges als falsch oder irrig erwiesen hatte, vermochte Bushs Wahlsieg nicht zu verhindern. Massenvernichtungswaffen wurden nicht gefunden. Eine Verbindung des Saddam-Regimes zum Terrorismus war nicht nachweisbar. Keine Rolle spielte im Wahlkampf, dass nach vorsichtigsten Registrierungen etwa 14.000 bis 16.000 Zivilisten, nach der neuesten seriösen Erhebung gar 100.000 Zivilisten ums Leben kamen[1]. Ebenso belanglos war, dass amerikanische Besatzer offenbar systematisch gefoltert hatten, der Krieg gegen internationales Recht verstieß und in mancher Hinsicht ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellte. Selbst der Herausforderer Bushs, John Kerry, machte diese Sachverhalte gar nicht erst zum Thema. Er befürchtete anscheinend, dass ihn dies Stimmen gekostet hätte.

Der so genannte »Krieg gegen den Terrorismus« wirft erneut die Frage auf, ob es so etwas wie einen »gerechten Krieg« – sprich einen moralisch begründeten Krieg – überhaupt geben könne.

Es scheint, als seien damit kaum grundlegende philosophische Probleme angesprochen. Doch das Gegenteil ist der Fall. Der so genannte »Krieg gegen den Terrorismus« wirft erneut die Frage auf, ob es so etwas wie einen »gerechten Krieg« – sprich einen moralisch begründeten Krieg – überhaupt geben könne. Gegebenenfalls wäre er ja nur als »letztes Mittel« und unumgängliches »kleineres Übel« zu rechtfertigen. Evidenterweise trifft weder das eine noch das andere auf den Irak-Krieg zu, doch komme ich im Folgenden darauf zurück. Zweitens veranlasst der Irak-Krieg erneut zu einer Kritik kulturrelativistischer Thesen. Es

1 Nach Stand vom 01. November 2004 mindestens 14.219 und höchstens 16.352 registrierte zivile Opfer. Die Organisation iraqbodycount.org selbst bemerkt dazu:
»We are not a news organization ourselves and like everyone else can only base our information on what has been reported so far. What we are attempting to provide is a credible compilation of civilian deaths that have been reported by recognized sources. Our maximum therefore refers to reported deaths - which can only be a sample of true deaths unless one assumes that every civilian death has been reported. It is likely that many if not most civilian casualties will go unreported by the media. That is the sad nature of war.«
Vgl. außerdem den www-Beitrag *Mortality before and after the 2003 invasion of Iraq: cluster sample survey.* Les Roberts, Riyadh Lafta, Richard Garfield, Jamal Khudhairi, Gilbert Burnham, in *The Lancet online* October 29, 2004. http://image.thelancet.com/extras/04art10342web.pdf (Siehe Kasten S. 43).
Allgemeine Übersichten der Verbrechen gegen die Menschlichkeit und der Rechtsverletzungen, die im Zuge des »Kriegs gegen den Terrorismus« begangen wurden und werden, bieten Wolfgang S. Heinz' und Jan-Michael Arends *Internationale Terrorismusbekämpfung und Menschenrechte: Entwicklungen 2003/2004* (Deutsches Institut für Menschenrechte: Berlin 2004) sowie Volkmar Deiles *»Kein Antiterrorrabatt bei Menschrechtsverletzungen?«* (Jahrbuch Menschenrechte 2005, stb 3650: Frankfurt a. M. 2004, S. 93–123).

lässt sich zeigen, dass er weithin durch die Faktoren bestimmt war und bestimmt und charakterisiert ist, die seit jeher Kriege motiviert haben: Machtgier, ökonomische Gier und im Einzelnen durch Sadismus und sexuelle Interessen. Schließlich aber dokumentiert er in geradezu erschreckender Weise, wie gefährlich es ist, wenn das gültige Argument keine Chance hat. Eine kritische Analyse des »Krieges gegen den Terrorismus« wird damit zwangsläufig zum Plädoyer für (1) eine universale Ethik – sprich die Allgemeingültigkeit von Menschenrechten –, (2) für eine Herrschaft universalen Rechts und – last, but not least – (3) für das gültige Argument als Entscheidungsinstanz.

1 Der Unbegriff vom gerechten Krieg. Oder: Es kann keinen »gerechten Krieg« geben

Das Konzept des gerechten Kriegs ist alt und keinesfalls kulturspezifischer Art. Es gab es zum Beispiel auch im China des 5. Jahrhunderts vor unserer Zeit. Der damals gebräuchliche Ausdruck *yibing* 義兵 bedeutet(e) sozusagen wortwörtlich »gerechter Krieg«. Und ähnlich wie in einschlägigen europäischen Theorien galt ein Krieg dann als gerecht, wenn er der Verteidigung diente, wenn er unvermeidlich, »letztes Mittel«, »kleineres Übel« war und im Interesse der Menschlichkeit bzw. des (rechten) Weges (*dao* 道) geführt wurde. Einige Theoretiker billigten auch Kriege, die heute als »Interventionen im Namen der Menschlichkeit« bezeichnet werden und dabei durch-

Les Roberts, Riyadh Lafta, Richard Garfield, Jamal Khudhairi, Gilbert Burnham

Mortality before and after the 2003 invasion of Iraq: cluster sample survey (Summary)

Background: In March, 2003, military forces, mainly from the USA and the UK, invaded Iraq. We did a survey to compare mortality during the period of 14.6 months before the invasion with the 17.8 months after it.

Methods: A cluster sample survey was undertaken throughout Iraq during September, 2004. 33 clusters of 30 households each were interviewed about household composition, births, and deaths since January, 2002. In those households reporting deaths, the date, cause, and circumstances of violent deaths were recorded. We assessed the relative risk of death associated with the 2003 invasion and occupation by comparing mortality in the 17.8 months after the invasion with the 14.6-month period preceding it.

Findings: The risk of death was estimated to be 2.5-fold (95% CI 1.6–4.2) higher after the invasion when compared with the preinvasion period. Two-thirds of all violent deaths were reported in one cluster in the city of Falluja. If we exclude the Falluja data, the risk of death is 1.5-fold (1.1–2.3) higher after the invasion. We estimate that 98.000 more deaths than expected (8.000–194.000) happened after the invasion outside of Falluja and far more if the outlier Falluja cluster is included. The major causes of death before the invasion were myocardial infarction, cerebrovascular accidents, and other chronic disorders whereas after the invasion violence was the primary cause of death. Violent deaths were widespread, reported in 15 of 33 clusters, and were mainly attributed to coalition forces. Most individuals reportedly killed by coalition forces were women and children. The risk of death from violence in the period after the invasion was 58 times higher (95% CI 8.1–419) than in the period before the war.

Interpretation: Making conservative assumptions, we think that about 100.000 excess deaths, or more have happened since the 2003 invasion of Iraq. Violence accounted for most of the excess deaths and air strikes from coalition forces accounted for most violent deaths. We have shown that collection of public-health information is possible even during periods of extreme violence. Our results need further verification and should lead to changes to reduce non-combatant deaths from air strikes.«

(Quellenangaben Fn. 1)

aus auch Angriffskriege oder Präventivschläge sein können. Im Übrigen ließ die Vagheit der Begriffe auch in China Raum für Interpretationen und Missbrauch.[2] Wahrscheinlich gab es jedoch noch keinen Krieg, in dem nicht unschuldige Menschen umgebracht, verstümmelt oder gefoltert wurden, also keinen Krieg, der die Integrität der Menschenwürde nicht gravierend verletzt hätte und der – und sei es im Namen der Menschlichkeit – geführt worden wäre, ohne dass die Verantwortlichen vorab gewusst hätten, dass es zu solchen Verbrechen kommen musste. Für den Irak-Krieg gilt dies in besonderem Maß. Jedem, der vor Beginn des Krieges nüchtern über den Krieg nachdachte, dürfte klar gewesen sein, dass er zwangsläufig den Tod von Tausenden unschuldiger Iraker mit sich bringen würde. Denn wie anders als durch den Aufenthalt unter Zivilisten sollten irakisches Militär und Terroristen vermeiden, einfach aus sicherer Höhe zu Tode gebombt zu werden? Und wie anders als durch Inkaufnahme unzähliger unschuldiger Toter waren sie damit angreifbar? Bestimmte Formen des Verstecks legten zudem den – nach internationalem Kriegsrecht verbotenen – Einsatz von Streubomben nahe. Außerdem mussten die Erfahrungen der Kosovo- und Afghanistan-Kriege solche Schlussfolgerungen erzwingen. Wie stand und steht es demgegenüber um die Maxime, dass kein Unschuldiger wissentlich zu töten sei? Erneut übrigens eine Norm, die im 5. Jahrhundert vor unserer Zeit auch in China formuliert wurde.

Das Konzept des gerechten Kriegs ist alt und keinesfalls kulturspezifischer Art. Es gab es zum Beispiel auch im China des 5. Jahrhunderts vor unserer Zeit. Im Übrigen ließ die Vagheit der Begriffe auch in China Raum für Interpretationen und Missbrauch.

Aber war und ist der Irak-Krieg nicht ein kleineres Übel als es die Herrschaft Saddam Husseins war? Kaum. Unter Saddam gab es weit weniger unschuldige Opfer und weit weniger Terrorismus. Sollte man dem entgegenhalten, dass sich Menschenleben nicht gegeneinander aufrechnen ließen, so würde das Argument des kleineren Übels eben deshalb fragwürdig: ein Krieg ließe sich nicht durch das Ziel bzw. die Behauptung rechtfertigen, dass er – und sei es auch nur auf lange Sicht – zu weniger unschuldigen Opfern führte als der – üble – status quo.

Aber war der Irak-Krieg nicht »das letzte Mittel«? Keinesfalls; denn die öffentlich angegebenen Ziele existierten ja gar nicht, und dass die Initiatoren des Krieges dies nicht gewusst haben sollten, ist erheblich unwahrscheinlicher und implausibler als das Gegenteil. Vielmehr spricht vieles dafür, dass der – längst beschlossene – Krieg erst dann begonnen wurde, nachdem sich die Initiatoren sicher waren, dass der Irak keine Massenvernichtungswaffen besaß, ja so gut wie verteidigungsunfähig war. Zu den absehbaren Folgen des Krieges gehören deshalb nicht nur die unschuldigen Toten, die Verstümmelten und Gefolterten, die Ausbreitung und Intensivierung des Terrorismus, sondern auch das Interesse, das etwa Nordkorea an Atomwaffen hat. Ohne das nordkoreanische Regime im Geringsten rechtfertigen zu wollen, ist einzuräumen, dass es – nach den Kosovo-, Afghanistan- und Irak-Kriegen und nach den amerikanischen Drohungen gegen

2 Vgl. meine Studie *»War and Peace in Classical Chinese Thought, with Particular Regard to Chinese Religion«*, in: *War and Peace in World Religions*, hg. von Perry Schmidt-Leukel, London: SMC Press 2004, S. 57–78.

Syrien, Iran und Nordkorea – im Überlebensinteresse von dessen Machthabern liegt, über Atomwaffen zu verfügen.

Ein weiteres Argument spricht gegen die Einschätzung, der Irak-Krieg sei ein »kleineres Übel« oder ein »letztes Mittel«: eine »Realpolitik«, die langfristig auf die Etablierung einer Demokratie im Irak zielte, hätte wohl größere Chancen gehabt, wenn die Bush-Administration Saddam einfach »gekauft« hätte. Aber das wäre – so meine Interpretation – machtpolitisch und kultur- und individuell-psychologisch unbefriedigend und ökonomisch weniger einträglich gewesen – womit bereits einige der den Irak-Krieg tatsächlich (mit)motivierenden Beweggründe angesprochen wären: die offenkundige Machtgier des Bush-Kreises, dessen religiöse Idiosynkrasien, ja dessen religiöser Fundamentalismus, das Saddam-»Syndrom« der Bush-Familie und die Interessen der US-Rüstungs- und Ölindustrie.

Und schließlich mag man sich fragen, ob man nicht einen gefährlichen Präzedenzfall schaffe, wenn man einen Krieg damit rechtfertige, einen verbrecherischen Despoten beseitigen zu müssen.

Aber hat es in der Menschheitsgeschichte nicht Beispiele gerechter Kriege gegeben? Ich bezweifle es. Paradox gesagt, dürfte selbst der gerechteste aller Kriege – und man mag dabei an die Verteidigungskriege gegen das Nazi-Regime denken – unvermeidlicherweise so viel Verbrechen mit sich bringen, dass er faktisch ungerecht werden muss. Ein Staat mag zu einem Verteidigungskrieg gezwungen sein, und dies dürfte in der Tat den einzig empirisch nachweisbaren Fall eines »letzten Mittels« abgeben: aber er wird ihn nicht in moralisch akzeptabler Form führen können.

Die positiven Folgen eines Krieges sind selten, falls denn überhaupt abschätzbar. Dass er unausweichlich negative Folgen, und dabei meist sehr negative Folgen mit sich bringt, ist dagegen schon vor Beginn eines Krieges gewiss. Und bereits das spricht gegen das Konzept eines gerechten Krieges. Davon abgesehen, ist es so leicht zu missbrauchen, dass es schon deshalb vermieden werden sollte. Das Konzept des kleineren Übels ist ebenfalls prinzipiell problematisch. Es lässt sich kaum mit hinreichender Sicherheit anwenden und womöglich noch leichter missbrauchen als das eines gerechten Krieges. Im Übrigen ist es absurd, den Krieg als letztes Mittel zu verteidigen, wenn man zugleich auf der Unantastbarkeit der Menschenwürde beharrt. In jedem Fall aber ist bereits die bloße Rede von einem Krieg als letztem Mittel extrem fahrlässig. Es ist dem Wohl der Menschheit zuträglicher, darauf zu bestehen, dass der Krieg überhaupt kein akzeptables Mittel der Problemlösung abgibt.

Die positiven Folgen eines Krieges sind selten, falls denn überhaupt abschätzbar. Dass er unausweichlich negative Folgen, und dabei meist sehr negative Folgen mit sich bringt, ist dagegen schon vor Beginn eines Krieges gewiss. Und bereits das spricht gegen das Konzept eines gerechten Krieges.

2 Kriege: ein »ausgezeichnetes« Beispiel anthropologischer und ethischer Universalien

Die Motive für den Irak-Krieg sind bekannt: Rachegefühle des Bush-Clans, Machtgier und ökonomische oder wirtschaftliche Interessen. Auch die chinesischen Klassiker der »Kriegs-

kunst« nennen die beiden ersten Gründe als häufige und moralisch letztlich inakzeptable Ursachen. Ein chinesischer Klassiker der Wirtschaftstheorie aus dem 1. Jahrhundert vor unserer Zeit, das *Yantie lun* 鹽鉄論, die *Debatte über Salz und Eisen*, führt auch ökonomische Interessen als Kriegsgründe an. Einer, wie wir sagen würden, real- und machtpolitisch orientierten, dem Legalismus (*fajia* 法家) nahestehenden Theorie zufolge sind diese Interessen dabei legitim, während sie dem so genannten Konfuzianismus (*rujia* 儒家) als unmoralisch gelten. Zynisch gesagt, ist eines jedoch besonders interessant: dass es in jedem Krieg zu Folterungen kommt und dabei jeder Folterknecht sehr gut weiß, was er tun muss, um sein Opfer zu quälen, gleich, woher das Opfer kommt, ob er es kennt, dessen Sprache spricht oder nicht. Er weiß nur zu genau, wie man Schmerzen zufügt und entwürdigt. Und er weiß dabei auch, und der Irak-Krieg zeigt dies erneut in brutaler Deutlichkeit, dass die sexuelle Erniedrigung ein ausgezeichnetes Mittel der Demütigung abgibt. Es ließe sich leicht ausführen, dass der Kern des »Erfolgs« der Folter in der Vernichtung der Selbstbestimmungsmöglichkeiten des Opfers und im Entzug entsprechender Entscheidungs- und Handlungsfreiheiten liegt. Daran anschließend lässt sich deutlich machen, wie ein – quasi phänomenologisches – Konzept der Menschenwürde sozusagen als Konzept individueller Selbstbestimmung fassbar wird; anders ausgedrückt, wie sich Entwürdigung als Zerstörung jeder relevanten Selbstbestimmungsmöglichkeit charakterisieren lässt. Ich habe an anderer Stelle versucht, dies ausführlich und im Detail zu tun[3].

Die Ursachen, Gründe, Motive für einen Krieg und, *demzufolge*, die Möglichkeiten, ihnen entgegen zu wirken, sind universal. Auf der normativen Ebene ist es seit Alters her der Appell an eine „ganz normale" Menschlichkeit. Die Einsicht in die relative Wirkungslosigkeit solcher Appelle führte dann schließlich zu Rechtsinstitutionen.

In allen Kriegen verfolgt eine merkliche Zahl von Beteiligten unterschiedlichster Ebenen – von den Initiatoren bis hin zu den so genannten letzten Gliedern der Befehlsketten – solch individuelle »Interessen« wie Machtgewinn, sexuelle Befriedigung oder materiellen Gewinn, und dies in unterschiedlichsten Formen. Es kann sich dabei um umfassende politische Macht, aber auch um die Macht eines Einzelnen über nur einen Anderen, um das Interesse eines Rüstungskonzerns oder um schlichte Plünderungen handeln. Die Ursachen, Gründe, Motive für einen Krieg und, demzufolge, die Möglichkeiten, ihnen entgegen zu wirken, sind universal. Auf der normativen Ebene ist es seit alters her der Appell an eine »ganz normale« Menschlichkeit. Die Einsicht in die relative Wirkungslosigkeit solcher Appelle führte dann schließlich zu Rechtsinstitutionen, die von der Formulierung der Menschenrechte bis hinein ins positive internationale Kriegsrecht reichten und reichen: erneut beeindruckende Beispiele internationaler und interkultureller Normierung, und sei es auch auf konventioneller Ebene. Man sollte den Wert des Konventionellen jedoch nicht unterschätzen. Methodologisch gesehen, mag es sich um die einzige einwandfreie Lösung handeln.

3 Vgl. meine Studie *»Konzepte der Menschenwürde in der klassischen chinesischen Philosophie«*, in: Anne Siegetsleitner und Nikolaus Knoepffler (Hg.): *Menschenwürde im interkulturellen Dialog*. Verlag Karl Alber: Freiburg i. Br. 2005, S.67–89.

3 Die Akzeptanz des gültigen Arguments: Die alternativlose Utopie gewaltfreier Problemlösung

3.0 Der Wahlsieg Bushs dokumentiert einen Bankrott des gültigen Arguments. Wir alle wissen um die notorische Ohnmacht des Arguments, und man wusste um sie bereits im alten Griechenland und im alten China. Ein Argument mag noch so gültig sein, und wir mögen diese Gültigkeit noch so deutlich erkennen: läuft es unseren Neigungen zuwider, so geben wir ihm nur ungern nach – wie es denn auch im Deutschen so bezeichnend heißt. Wir empfinden es geradezu als Gewalt. Aber der Wahlsieg Bushs – und wie angesprochen, auch der Wahlkampf seines Gegners Kerry – zeugt bereits von einem gezielten und bewussten Verzicht auf Argumente in einigen der wichtigsten Fragen, um die es Menschen geht oder doch gehen sollte: Darf man Tausende Unschuldiger umbringen? Und wenn ja, unter welchen Voraussetzungen? Darf man foltern? Darf man systematisch Menschenrecht und internationales Recht verletzen? Einen Krieg inszenieren? Und sollte man nicht zumindest kritisch analysieren, welch schreckliche Folgen der Irak-Krieg hat? Und fast noch bedrückender: Warum gelang es meinungsbildenden Institutionen und Personen außerhalb der beiden »Wahlkampfcamps« nicht, diese Fragen überhaupt zu einem relevanten Thema zu machen? Nach dem 11. September 2001 war die Presse- und Meinungsfreiheit in den USA faktisch eingeschränkt. Und ähnlich sah es zeitweise in der Bundesrepublik Deutschland aus.

Spätestens seit dem Kosovo-Krieg drängt sich erneut die Frage auf: Wie ist es zu beurteilen, wenn Regierungen und Medien die argumentative Auseinandersetzung um Krieg und Frieden, um Leben und Tod zahlreicher Menschen behindern und verhindern? Warum hatten selbst in der Bundesrepublik Deutschland argumentative Auseinandersetzungen vor dem Afghanistan-Krieg so gut wie keine Chance mehr? Nebenbei gesagt, beteiligte und beteiligt sich die BRD entgegen allen Bekundungen faktisch auch am Irak-Krieg: mit der Einräumung von Überflug-Rechten, dem Einsatz technischen Personals in Aufklärungsflugzeugen, dem Einsatz und dem bevorstehenden Verkauf von Spürpanzern und anderem mehr. Warum gehen die öffentlichen Lügen ungerügt dahin?

Ist die Frage nach Krieg und Frieden und Leben und Tod Tausender Menschen prinzipiell nicht argumentativ zu entscheiden? Darf sie gar nicht erst Gegenstand argumentativer Diskussion werden? Und wenn nicht, warum nicht? Weil sonst eine Art Hamletscher Reflexion und Zögerlichkeit das schnelle, unabdingbare Handeln unmöglich machte? Oder gar, weil die mündigen Bürger rechtsstaatlicher Demokratien prinzipiell inkompetent sind, wenn es um die Frage nach Krieg und Frieden geht? Da zahlreiche »kriegswichtige« Informationen der Geheimhaltungspflicht unterliegen, besitzen die Bürger ja ohnehin nur unzureichende einschlägige Informationen.

Wie ist es zu beurteilen, wenn Regierungen und Medien die argumentative Auseinandersetzung um Krieg und Frieden, um Leben und Tod zahlreicher Menschen behindern und verhindern? Ist die Frage nach Krieg und Frieden und Leben und Tod Tausender Menschen prinzipiell nicht argumentativ zu entscheiden?

Aber müssen auch die Parlamentarier, deren Aufgabe die Kontrolle der Regierung ist und die ihre Urteile in moralischer Autonomie treffen sollten, daran gehindert werden, eine Entscheidung auf dem Weg kritischer Argumentation herbeizuführen?

Oder muss jede kritisch-rationale Diskussion um die moralische Akzeptabilität von Krieg und Frieden, oder jedenfalls um die Akzeptabilität von Kriegen wie den Afghanistan- oder den Irak-Krieg, gar deshalb vereitelt werden, weil sie aufgrund der dabei zwangsläufig laut werdenden gültigen Argumente Krieg unmöglich machte? Hielt die Inquisition doch Friedrich von Spees Argumenten gegen Hexenverfolgung, Folter und Verbrennung und Friedrichs Aufforderung, der Vernunft zu folgen, entgegen: Gehorchte man der Vernunft, so hätte man »keine Hexen mehr zum Verbrennen«. Friedrich blieb die ratlos-verzweifelte Feststellung:

»Da sprechen es die Richter selbst ganz laut aus: Dienen wir der Gerechtigkeit, folgen wir der Vernunft, so haben wir keine Hexen mehr zum Verbrennen. Ich weiß nicht, was ich dagegen vorbringen soll, denn ich bin einverstanden [...]«.[4]

Wie gesagt, warf und wirft bereits der »Afghanistan-Krieg« viele Fragen auf. Wenn ich mich im Folgenden auf eine Analyse der argumentations- und diskussionsfeindlichen Art konzentriere, in der die deutsche Regierung und, von der PDS und einigen wenigen anderen Ausnahmen abgesehen, deutsche Spitzenpolitiker sowie die meisten Massenmedien seinerzeit mit den Problemen umgingen, die mit den Stichworten »Terrorismus«, »Leben«, Tod«, »Krieg und Frieden« angesprochen sind, so vor allem, weil ich in dieser Art eine eklatante und gefährliche Verletzung der Normen der Meinungsfreiheit und der moralischen Autonomie sehe, und d. h. eine Gefahr für eine menschenrechtskonforme Politik. Für die Politik der Bush-Regierung und deren Lancierung des Irak-Krieges gilt Entsprechendes.

In der Auseinandersetzung mit Terrorakten wurde und wird nicht hinreichend klar zwischen (a) Rechtfertigung oder Billigung und (b) Erklärung – d. h. der Analyse und Darstellung von Ursachen, Gründen, Motiven usw. – von Terrorakten unterschieden. *Vielmehr werden Erklärungen als Rechtfertigungen denunziert.*

3.1 In der Auseinandersetzung mit Terrorakten wurde und wird nicht hinreichend klar zwischen (a) Rechtfertigung oder Billigung und (b) Erklärung – d. h. der Analyse und Darstellung von Ursachen, Gründen, Motiven usw. – von Terrorakten unterschieden. Vielmehr werden Erklärungen als Rechtfertigungen denunziert. Wer etwa sagt, dass er die Anschläge auf New York auch als Reaktion auf die US-Politik gegenüber der »arabischen Welt« begreife, wird verdächtigt, sie damit entschuldigen zu wollen. Warum? Soll so berechtigter Kritik an moralisch inakzeptablen Formen der Terrorismusbekämpfung vorgebeugt werden? Terrorismus ist durch nichts zu rechtfertigen. Aber das entbindet nicht von einer Analyse und Darstellung der Ursachen. Sie muss man kennen. Denn nur die Beseitigung der Ursachen führt letztendlich zur Beseitigung des Terrorismus. Terroristen sind zur Rechenschaft zu ziehen. Aber das entbindet nicht von der grundsätzlichen Verpflichtung zu ethisch und rechtlich ver-

4 Friedrich von Spee: *Cautio criminalis oder Rechtliches Bedenken wegen der Hexenprozesse, 21. Frage*. 1. Aufl. 1631; dtv: München 2000. S. 102.

antwortbarem Vorgehen. Sonst bräuchte man nicht gegen die Todesstrafe zu argumentieren oder auch nur zwischen Lynchjustiz und Hinrichtung zu unterscheiden. Man könnte wohl auch dem Grundsatz »Auge um Auge, Zahn um Zahn« folgen. Die in unproblematischen Situationen als christliche Errungenschaft gepriesene Maxime, eine Wange hinzuhalten, wenn man auf die andere geschlagen werde, erwiese sich (ein weiteres Mal) als pure Heuchelei. Die Gefahr, Rache oder Vergeltung zu üben, statt zur Rechenschaft zu ziehen, wäre groß.

Ein Beispiel mag das Gesagte erläutern: Wenn jemand in einem regelrechten Gerichtsverfahren in rechtsstaatlicher Weise für schuldig befunden und verurteilt wird, dann heißt das nicht, dass sein Verbrechen damit gebilligt oder gerechtfertigt würde. Auch die in solch einem Verfahren geforderte »Ursachenforschung« braucht keinerlei Billigung einzuschließen oder nach sich zu ziehen. Sie kann sogar zu einem besonders »hartem Urteil« führen. Nach ethisch begründetem, rechtsstaatlichem Verständnis liegt der Sinn einer von einem Gericht ausgesprochenen »Strafe« zudem eher in den Zielen der Resozialisation, Prophylaxe und des Schutzes der Gesellschaft als in einer Vergeltung. Entsprechend sollten Maßnahmen, die gegen den Terrorismus gerichtet sind, zwar auch das legitime Bedürfnis nach Gerechtigkeit befriedigen, in erster Linie aber der Vorbeugung und dem Schutz dienen.

Das potenzielle Gegenargument, dass die moralischen Regeln für individuelle Beziehungen nicht auf kollektive Beziehungen oder abstrakte Relationen wie die zwischen Staaten übertragbar seien, ist nicht stichhaltig. Insbesondere ist nicht einzusehen, dass – wie ja gerade »der Westen« immer wieder betont – jeder Einzelne ein Recht auf Leben hat, eine große Gruppe Menschen jedoch nicht.

3.2 Es wurde und wird in geradezu unverschämter Weise gelogen. Das »Publikum« wird für dumm verkauft. Insbesondere allen führenden Politikern und Militärs war bekannt, dass die Bombardements Afghanistans – und später des Iraks – vor allem die Zivilbevölkerung treffen mussten. Es gehört zu den Formen »moderner Kriegsführung«, dass sich »das Militär« und insbesondere »die Guerillas« möglichst unter Zivilisten aufhalten. Außerdem verlangt jeder Angriff auf Infrastrukturen – Kraftwerke, Wasserwerke, Straßen, Brücken, Lebensmitteldepots usw. –, dass (auch) Zivilisten angegriffen werden. Im Übrigen erlauben Streubomben und Bomben wie die so genannte »Daisy Cutter« kaum »gezielte« Angriffe. Wenn man das Töten von Zivilisten rechtfertigen will, bleibt nur das Argument des »kleineren Übels«. Dieses Argument aber ist zu prüfen, wenn es jedenfalls um das Leben von hunderten oder gar tausenden von Menschen geht, und wie ich zu zeigen suchte, ist es wohl generell unhaltbar.

Das potenzielle Argument, dass die moralischen Regeln für individuelle Beziehungen nicht auf kollektive Beziehungen oder abstrakte Relationen wie die zwischen Staaten übertragbar seien, ist nicht stichhaltig. Insbesondere ist nicht einzusehen, dass – wie ja gerade »der Westen« immer wieder betont – jeder Einzelne ein Recht auf Leben hat, eine große Gruppe Menschen jedoch nicht.

3.3 Statt die Frage zu diskutieren, ob man hunderte oder Tausende von unschuldigen, hilflosen Menschen um eines höheren Gutes, der Ausmerzung des Terrorismus willen, tö-

ten darf oder töten sollte, wich und weicht man ihr aus.

Wie angedeutet, wäre zu zeigen gewesen, dass ein Krieg wie der Afghanistan-Krieg einschließlich all seiner sicheren Folgen ein kleineres Übel abgibt als ein Verzicht auf solch einen Krieg und die (vorläufige) Duldung eines Systems wie des Taliban-Regimes. Zu den sicheren Folgen gehörten dabei die unschuldigen Toten der Bombardements, die Flüchtlinge, die Opfer von Hunger und Kälte, eine Zunahme des Hasses auf Seiten vieler Moslems, die Motivierung zu weiteren Selbstmordanschlägen, die Beeinträchtigung der Glaubwürdigkeit »westlicher« Politik, die Gefahr, dass der Krieg zum Präzedenzfall wird bzw. die Gefahr der Eskalation »antiterroristischer Kriege« – eine Gefahr, die mit dem Irak-Krieg Wirklichkeit wurde. Weiter wäre zu zeigen gewesen, dass es in der Auseinandersetzung mit »dem Terrorismus« keine Alternative zum Bombenkrieg (samt seinen Folgen) gab.

Kriege sind keine Schauspiele. Es leiden und sterben wirklich Menschen. Kinder krepieren nach zwei Wochen unter Trümmern. Doch der Hinweis auf Kinder scheint nur soweit eine Rolle zu spielen, wie er als Instrument in der Medienkampagne gegen den »Feind« eingesetzt werden kann.

Doch statt sich auf solche Diskussionen einzulassen, versuchten und versuchen die meisten Politiker und Medien, die Auseinandersetzung auf Fragen wie die folgenden Probleme zu lenken und zu beschränken: Muss Deutschland nicht »unbedingt« zu den USA stehen? Müssen politische Parteien nicht einheitlich urteilen? Muss eine Partei nicht ihre Regierungsmitglieder unterstützen? Ist eine Partei, die das Töten von hunderten oder tausenden von Zivilisten nicht als »kleineres Übel« ansieht, überhaupt regierungsfähig? Darf man solch eine Partei mit Regierungsverantwortung betrauen? Muss ein Politiker nicht schon um des Machterhalts willen zu den Bombardements in Afghanistan stehen? Ist es nicht endlich Zeit, der »Spaß-Gesellschaft« eine Ende zu bereiten und sich auf solch ernste Probleme wie eine kriegsbereite starke Verteidigung zu konzentrieren? Muss die Bundesrepublik nicht endlich »erwachsen« werden? Sie wäre also ein »Kind« und »unreif« geblieben, weil sie sich nicht am Afghanistan-Krieg beteiligte?

Der Ton einiger Presse-Kommentare schien gar einen Hauch von Kriegsbegeisterung zu offenbaren. Aber Kriege sind keine Schauspiele. Es leiden und sterben wirklich Menschen. Kinder krepieren nach zwei Wochen unter Trümmern. Doch der Hinweis auf Kinder scheint nur soweit eine Rolle zu spielen, wie er als Instrument in der Medienkampagne gegen den »Feind« eingesetzt werden kann. »Der Westen« zeigte vor allem Bilder toter amerikanischer Kinder. Arabische Sender zeigten vor allem Bilder toter afghanischer Kinder.

So war und bleibt es in der Tat fragwürdig, wenn weniger über Tod und Leben und Krieg und Frieden als um »unbedingte Bündnistreue«, Regierungsmacht, Mandate und außenpolitischen Einfluss gestritten wird. Selbst wenn eine Forderung nach (Bündnis-)Solidarität berechtigt ist, ist sie es ja nur, soweit sie moralisch akzeptabel und juristisch legal ist. Die Frage der »Bündnistreue« wäre deshalb auf jeden Fall auf ihre moralische Akzeptabilität hin zu prüfen (gewesen). »Unbedingte Solidarität« ist ohnehin nur dann ethisch zulässig, wenn sie höchsten moralischen Prin-

zipien wie der Integrität menschlicher Würde gilt. Sie darf niemals primär einem Staat, einer Regierung oder einem Menschen zuteil werden. In der Form, in der sie der deutsche Kanzler Schröder bekundete, war sie überdies juristisch illegitim und sogar logisch problematisch. Schließlich war und bleibt sie in der geäußerten Form auch sachlich falsch; denn es ist keinesfalls so, dass »alle Deutschen« »unbedingte« oder »uneingeschränkte« Solidarität empfunden hätten. Auch das Argument, dass die Bundesrepublik »endlich Verantwortung« (für Krieg und Frieden, und dies selbst im Ausland) übernehmen müsse, ist von nachgeordnetem Rang. Ausschlaggebend muss sein, ob eine Entscheidung überhaupt so geartet ist, dass man sie begründet teilen kann. Erst dann kann man sie ja »mittragen« und »mitverantworten«. Außerdem wirft die Forderung, »Verantwortung« zu übernehmen, zumindest die Frage auf, ob sie nicht vorgeschoben ist, um einer schleichenden Aufwertung des Militärischen (als politischen Mittels) den Weg zu ebnen. Und schließlich hat sie den Geruch schlichter Kraftmeierei.

3.4 Problematisch war und ist der zum Teil bewusste Versuch, Argumenten auszuweichen, indem man ihren Vertretern die moralische Legitimation abspricht, sie überhaupt zu äußern. Verhielten sich Staaten wie die USA und die Bundesrepublik mit Blick auf sich selbst genau so, so dürften sie keine Menschenrechtsverletzungen mehr kritisieren. Als die PDS den Afghanistan-Krieg kritisierte, hielt man ihr (!) vor, den sowjetischen Krieg gegen Afghanistan gebilligt zu haben und deshalb nicht berechtigt zu sein, nun die USA zu kritisieren. Aber die Gültigkeit einer Behauptung – oder Kritik – ist völlig unabhängig davon, wer sie wann wo wie äußert. Im Fachjargon formuliert: Geltung ist unabhängig von Genesis. Zudem weiß jeder, der die PDS dergestalt zu diskreditieren sucht, dass nicht sie, sondern die SED den sowjetischen Krieg widerspruchslos hinnahm. Darüber hinaus weiß jeder, dass nicht nur ehemalige Mitglieder der SED, sondern auch ehemalige Mitglieder anderer DDR-Parteien – wie der DDR-CDU – den Standpunkt der SED vertraten. Und schließlich waren zahlreiche Ex-Nazis einflussreiche Gestalten des öffentlichen Lebens der frühen bundesrepublikanischen Jahre.

Wer also der Frage nach der Gültigkeit von Argumenten ausweicht, indem er einfach deren Autoren moralisch zu diskreditieren sucht, der will sich im Allgemeinen überhaupt nicht auf (die an sich geforderte) Sachdiskussion einlassen. Die Sache selbst – ob ein Argument gegen einen Krieg und unzählige zivile Opfer gültig ist – interessiert ihn nicht. Noch einmal: Kein Staat der Welt wäre danach legitimiert, Menschenrechtsverletzungen in anderen Staaten zu monieren; denn es gibt keinen einzigen, der sie nicht zu irgendeiner Zeit oder in irgendeinem anderen Staat gebilligt oder doch stillschweigend geduldet hätte. Eine interstaatliche Sachdiskussion um Menschenrechte wäre danach ein für alle Mal unmöglich.

Wer der Frage nach der Gültigkeit von Argumenten ausweicht, indem er einfach deren Autoren moralisch zu diskreditieren sucht, der will sich im Allgemeinen überhaupt nicht auf (die an sich geforderte) Sachdiskussion einlassen.

3.5 Wie immer man die Auseinandersetzung um antiterroristische Maßnahmen und insbe-

sondere die Bombardements in Afghanistan und im Irak bewertet: in der öffentlichen Politik und in den Massenmedien spielten und spielen ernst zu nehmende Argumente eine zu geringe Rolle. Es dominieren Propaganda, Rhetorik, Verschiebung der Problematik, Desinformation, Indoktrination, Einschüchterung usw. Dürfen die »mündigen Bürger« demokratischer und rechtsstaatlicher Gesellschaften nicht erwarten, ja müssen sie nicht verlangen, dass sie in Fragen von Leben und Tod treffend (und nicht demagogisch) informiert und in Entscheidungs-relevante argumentative Diskussionen einbezogen werden? Müssen sie vor vollendete Tatsachen gestellt werden?

Zu den Ursachen des Terrorismus gehören nun einmal der Unterschied zwischen reichen und armen Gesellschaften, das Palästina-Problem, die unaufrichtige, verlogene und unglaubwürdige »Menschenrechts«-Politik des »Westens« und insbesondere der USA und manche Züge der wirtschaftlichen Globalisierung.

Um ein Übel beseitigen zu können, muss man dessen Ursachen ausmerzen. Zu diesem Zweck muss man die Ursachen kennen, und zwar möglichst genau. Um dem »mündigen Bürger« einer demokratischen, rechtsstaatlichen und den Menschenrechten verpflichteten Gesellschaft die Möglichkeit zu geben, über Erfolg(saussichten) und ethische Akzeptabilität antiterroristischer Maßnahmen zu urteilen, muss auch er die Ursachen des Terrorismus kennen. Wie will er sonst feststellen, ob oder wieweit eine Maßnahme tatsächlich eine Ursache des Terrorismus trifft? Und wie, ob sie nicht »zu weit geht«? Ob Verhältnismäßigkeit gewahrt ist? Wie soll parlamentarische Kontrolle stattfinden, wenn es wichtiger ist, Mehrheiten zu sichern, als gültig begründete Entscheidungen zu treffen? Wie soll da das Prinzip der Gewaltenteilung gewahrt bleiben? Also müssen die Ursachen des Terrorismus, und insbesondere die Ursachen von terroristischen Anschlägen, die man mit Krieg beantworten möchte, auch zur Sprache kommen dürfen.

Ja, es ist geradezu Pflicht des »mündigen Bürgers«, das Seine zur Ursachenforschung und damit zur Bekämpfung des Terrorismus beizutragen.

Dabei dürfen nicht nur die Ursachen genannt werden, die dem, der den Terrorismus mit Krieg begegnen will, in den Kram passen, sondern auch die, die er mit keinem noch so schrecklichen Bombardement treffen und ausmerzen kann. Und zu diesen gehören nun einmal der Unterschied zwischen reichen und armen Gesellschaften, das Palästina-Problem, die unaufrichtige, verlogene und unglaubwürdige »Menschenrechts«-Politik des »Westens« und insbesondere der USA und manche Züge der wirtschaftlichen Globalisierung, und seien diese Ursachen noch so vermittelt und die Zusammenhänge im Einzelnen noch so schwer auszumachen.

Hat der »Westen« und haben die USA in Afghanistan nicht über Jahrzehnte hinweg Verbrecher und Mörder unterstützt? Unterstützten sie nicht Saudi-Arabien und dessen korruptes, menschenverachtendes Regime? Unterstützten sie in ihrem Krieg gegen die Taliban nicht die »Nordallianz«, die ähnlich wie die Taliban von Verbrechern und Menschenrechts-Verächtern geführt wird? Wie kann eine »moralische Instanz« glaubwürdig sein, die Milosevic vor einem Gericht aburteilen will, während sie gleichzeitig mutmaßliche Massenmörder und Verbrecher gegen die Menschrechte wie den »Nordafghanen«

Dostum stärkt – dem noch weniger moralische Integrität zuzusprechen sein dürfte als Omar, dem Führer der Taliban?

Und wie steht es um andere Staaten und Gruppen, die Terroristen Bleibe und Schutz gewähren? Ohne den Kosovo-Krieg hätte es keinen Afghanistan-Krieg, ohne den Afghanistan-Krieg keinen Irak-Krieg gegeben. Sollen nach und nach auch Syrien, der Iran, Somalia oder auch palästinensische Gebiete angegriffen werden? Und wenn nicht, warum nicht, wenn »der Westen« doch der Meinung ist, sie böten Terroristen Unterschlupf? Oder sollte man auf günstige Gelegenheiten warten? Allein die theoretische Möglichkeit, dass solch eine »Strategie« existiert, zwingt verbrecherische oder als verbrecherisch bezeichnete Systeme zu entsprechenden »vorbeugenden« Maßnahmen. Und selbst Saudi-Arabien dürfte misstrauisch geworden sein. Und wie steht es um Staaten, die im Namen des Anti-Terrorismus gewaltsam gegen ethnische Minderheiten und politische »Separatisten« vorgehen? Was, wenn Indien meint, Pakistan angreifen zu dürfen, weil es in Kaschmir aktiven Terroristen Schutz gewähre?

Wenn es dem mündigen Bürger und dem Parlamentarier, der sich seinem Gewissen verpflichtet fühlt, so schwer gemacht wurde und wird, öffentlich gegen einen Krieg wie den Afghanistan-Krieg zu argumentieren und wenn zu diesem Zweck massive Einschüchterungsversuche unternommen wurden, dann kann es dafür nur einen Grund geben:

Man wollte den Krieg und hatte sich längst für ihn entschieden.

3.6 Warum? Wie gesagt, fehlte und fehlt es an Versuchen, die Entscheidung in einer kritischen ethisch-moralischen Auseinandersetzung zu begründen bzw. zu rechtfertigen. Faktisch gab und gibt nicht die Moral den Ausschlag. Was dann? Darüber ausführlich zu spekulieren, führte zu weit. Einige Motive sind freilich evident. Die »Psychologie« verlangt nach einer schnellen Reaktion. Man möchte eine sichtbare, machtvoll wirkende Antwort. Man will abschrecken und vergelten. Außerdem können machtpolitische und ökonomische Interessen Entscheidungen für einen Krieg begünstigen. Was die offizielle und offiziöse Diskussion in der Bundesrepublik vor dem Afghanistan-Krieg angeht, so wurden und werden, wie gesagt, wiederholt folgende Argumente vorgebracht: Man müsse gegenüber den USA loyal sein. Das aber heißt, wie ebenfalls ausgeführt, politische Loyalität gegenüber einem Staat (!) für wichtiger zu halten als effiziente und moralisch legitime Maßnahmen gegen den Terrorismus. Man müsse Verantwortung zeigen. Man gerate sonst in außenpolitische Schwierigkeiten. Die eigene Regierungsmacht und der eigene Parlamentssitz seien sonst gefährdet. Zu einem »erwachsenen« Staat gehöre es, auch vor militärischen Engagements nicht zurückzuschrecken.

Wie gesagt, zeigte »der Westen« das Leid und Elend unschuldiger afghanischer Kriegsopfer nicht genauso ausführlich und intensiv wie das Leid der unschuldigen Opfer der Terroranschläge auf New York, weil er sicher sein musste, dass solche Bilder den Widerstand gegen den Krieg stärken wür-

Wenn es dem mündigen Bürger und dem Parlamentarier, der sich seinem Gewissen verpflichtet fühlt, so schwer gemacht wurde und wird, öffentlich gegen einen Krieg wie den Afghanistan-Krieg zu argumentieren und wenn zu diesem Zweck massive Einschüchterungsversuche unternommen wurden, dann kann es dafür nur einen Grund geben: *Man wollte den Krieg und hatte sich längst für ihn entschieden.*

den. Aber sie sind genau so beklagenswerte Menschen wie zum Beispiel die ermordeten Amerikaner. Reicht es nicht zumindest dann, ein Mensch zu sein, wenn es um das nackte Recht auf Leben geht? Betonen nicht gerade Vertreter der USA und der Bundesrepublik immer und immer wieder, dass Menschenrechte individuelle Rechte, Rechte von Einzelnen seien?

Und wie steht es um die, die um die unschuldigen Opfer klagen, die sie nun tot sehen? Shakespeare bringt in den letzten zwei Versen seines 66. Sonetts implizit zum Ausdruck, was wir fast alle wissen: die Liebe zu einem einzigen Menschen kann das Leben lebenswert, sein Tod unser Leben elend und sinnlos machen.

Erziehung zur Meinungsfreiheit ist eine unerlässliche Bedingung jeder Menschenrechtserziehung. Erziehung zu systematischer Skepsis, systematischer Prüfung ist ein »Muss«.

3.7 Die »öffentliche« Auseinandersetzung um Terrorismus, Afghanistan-Krieg und – in den USA – auch um den Irak-Krieg kommt einer Bankrott-Erklärung der staatlich-gesellschaftlichen Menschenrechtserziehung gleich, das heißt der von Staat und Gesellschaft faktisch gebotenen Erziehung zur Kenntnis und Achtung der Menschenrechte. Denn Erziehung zur Meinungsfreiheit ist eine unerlässliche Bedingung jeder Menschenrechtserziehung. Erziehung zu systematischer Skepsis, systematischer Prüfung ist ein »Muss«.

Das illustrieren vor allem Extreme: Hitlerjungen, FDJ-ler, Palästinenserjungen, Kinder und Jugendliche, die von Staat, Schule, Eltern, öffentlichen Medien und in der Tat von allen Seiten immer nur das Eine hören und lernen – dass nämlich Wahrheit und Recht so und so aussähen und dass es keinerlei anderslautende Auffassungen und Gesichtspunkte gebe – und die nichts als die »Schönheit« und »den Reiz« von Uniformen, Jugendlagern, Schießübungen und Märtyrertum kennen lernen, können kaum anders, als zu Verbrechern an Andersdenkenden zu werden. Dies ist eine bittere, ironische Lektion.

Die Bundesrepublik ist ein Rechtsstaat, in dem Meinungsfreiheit herrschen sollte. Parlamentarier könnten anders entscheiden, als sie es tun, wenn sie nur gültigen Argumenten folgten und nicht etwa Einschüchterungen und den Versuchungen der Macht nachgäben. Wie sich leicht zeigen ließe, wäre das eine auch durch und durch realpolitische und pragmatische Alternative. Sie hätte nichts mit weltfremdem Idealismus zu tun. Wie leicht ist es doch, Millionen von Menschen von der Notwendigkeit eines Krieges zu überzeugen. Sollten da vergleichbare Anstrengungen zur Friedenssicherung prinzipiell und von vornherein zum Scheitern verurteilt sein? Ist es da nicht plausibler, von einem entsprechenden Unwillen der Kriegsbefürworter statt von einer blauäugigen Utopie der Gegner auszugehen?

Da Meinungsfreiheit herrscht, ist die Empörung gerade von Schulkindern und Jugendlichen über die Politik der Regierung denn auch so deutlich. Viele, wenn nicht die meisten Kinder und Jugendlichen der Bundesrepublik haben gelernt, eigene, wohlbegründeten Urteile abzugeben. Sie empfinden sich selbst als moralisch autonome Individuen – wie es ja auch der Fall sein sollte. Ich habe

bisher nur einen Schüler und Jugendlichen kennen gelernt, der den Afghanistan-Krieg befürwortete. In einer Schülerzeitung las ich folgende beiden Stellungnahmen:

Ein Kommentar zum 11. 09. 2001

I

Weil mich sonst alle missverstehen würden, muss ich wohl vorwegnehmen, dass ich die Anschläge vom 11. September verurteile, wie ich jeden Anschlag verurteile, bei dem Menschen ums Leben kommen. [...] Wenn dort 6.400 Menschen gestorben sind, sind das 6.400 zu viel. Doch es sind um Millionen weniger als die, die in den letzten Jahren dank Amerika gestorben sind! Wenn Schröder sagt: ›Alle Deutschen stehen hinter Amerika!‹, dann habe ich Lust, ihm [...] gehörig die Meinung zu sagen, denn ich stehe nicht hinter Amerika [...] Ich sage nicht, dass es Amerika recht geschieht, aber ich sage, dass ich nicht um Amerika trauere! Ich trauere um die Menschen, die dort gestorben sind! Ich trauere um sie, wie ich um die Menschen trauere, die täglich an Hunger oder an Aids sterben oder durch die Bomben, die die Amerikaner auf sie werfen. [...] Warum trauern alle um die Amis und niemand um die unglaublich vielen Kinder, die täglich sterben, weil sie nichts zu essen bekommen? Warum denkt [...] niemand mehr an die Menschen, die in den letzten Jahrzehnten und noch heute auch dank Amerika sterben mussten [und müssen]? Ich trauere um die toten Amerikaner, aber ich trauere genauso um die Menschen in Nah-Ost, die von den Amerikanern getötet wurden [...] Ich finde das, was am 11. 09. 2001 passiert, so schlimm, dass ich es nicht in Worte fassen kann. Aber ich möchte ehrlich sein: ich finde es noch viel schlimmer, dass alle Welt um die Amerikaner trauert und kaum einer die anderen Toten erwähnt.«

II

»Seit einigen Tagen hält eine neue Terrorwelle die Welt in Atem. Schon seit Sonntagabend (MESZ) ist Afghanistan das Ziel einiger Terroranschläge. Terroristen feuerten mehrere Raketen auf die Stadt Kabul ab. Diese Anschläge werden fortgesetzt und inzwischen wird auch der Einmarsch von bewaffneten Terroristen in das Land befürchtet. Zur Zeit gibt es keine Informationen über die Anzahl der Opfer. Zu den Terroranschlägen bekannte sich eine Organisation namens USA, die schon seit einiger Zeit diesen Terror angekündigt hatte und den Geheimdiensten schon lange bekannt ist.«

Die zweite Stellungnahme ist problematisch. Aber sie ist auch Beleg für eine Meinungsfreiheit, die schützenswert ist. Beide sind Ausdruck wohlbegründeter und berechtigter moralischer Empörung über die Ungerechtigkeit und das Unrecht, das mit dem Anlegen doppelter Standards, dem Messen mit zweierlei Maß verbunden ist, und dies – um es noch einmal zu betonen – angesichts von Fragen, in denen es um Leben und Tod, Krieg und Frieden geht. Die Tatsache, dass das Leben von Hunderttausenden von Menschen nicht zählt oder nicht zu zählen scheint, oder als vergleichsweise unbedeutend gilt, und die Tatsache, dass die Regierungen der USA und »des Westens« in Afghanistan den Tod von – am Ende wohl gewiss mehreren Tausend unschuldigen Menschen – billigend in Kauf nah-

men – und, was die Bush-Regierung angeht, im Irak weiterhin in Kauf nehmen –, um mit zweifelhafter Aussicht auf endgültigen, bleibenden Erfolg eine relativ kleine Gruppe von mutmaßlich Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen, sind unbestreitbar und offensichtlich. Umso größer die Empörung angesichts der Versuche, solche Tatsachen totzuschweigen oder gar zu leugnen.

Die Politik der US-Regierung und der Regierung der Bundesrepublik ist ungeeignet, Kinder und Jugendliche davon zu überzeugen, dass man für Menschenrechte eintritt und eintreten soll. Sie trägt dazu bei, dass sich auch bei Kindern und Jugendlichen die »Einsicht« herausbildet, die die »Spitzenpolitiker« kennzeichnet. Wirklich wichtig, so müssen auch Kinder und Jugendliche glauben, sind Machtfragen. Menschenrechte sind danach nur soweit schützens- und fördernswert, wie sie dem eigenen Machterhalt dienen. Kanzler Schröders Verbindung der Vertrauensfrage, der Frage nach dem Fortbestand der eigenen Regierung, mit der Frage nach einem Ja oder Nein zu einer Bereitstellung deutscher Militärs war ein Einschüchterungsversuch und ein weiteres Beispiel in der langen Kette der Exempel, die den Triumph der Macht über die Moral dokumentieren. Sie zwang viele Parlamentarier faktisch dazu, sich entweder für den Afghanistan-Krieg auszusprechen oder auf eigene Macht und Privilegien zu verzichten. Angesichts dieser Alternative entschieden sich dann die meisten Kriegskritiker in der Gruppe dieser Abgeordneten für den Erhalt von Macht und Privilegien.

Viele Kinder und Jugendliche verlieren, wie es so schön heißt, im Laufe der Jahre »ihre Illusionen«. Sie werden »erwachsen«. Aber dieser Prozess ist in der Tat nicht nur Reaktion auf Enttäuschungen und Anpassung an die Realitäten: er ist oft auch ein moralischer Abstieg. Sehen nicht gerade so manche deutschen »Spitzenpolitiker« der Gegenwart, die so genannten (ehemaligen) 68er, Wehrdienstverweigerer, Kriegs- und Atomgegner aus wie die Protagonisten der Animal Farm: die einst guten Schweine, die sich am Ende nicht mehr von den bösen Menschen unterscheiden lassen?[5] Und tendieren sie nicht dazu, zu viel »Kontrolle« zu fordern? Sicherheit ist ja keinesfalls einfach umgekehrt proportional zur Freiheit. Das hat Martin Kutscha in einem Artikel der Frankfurter Rundschau vom 7. November 2001 erneut überzeugend nachgewiesen.[6] Das

Viele Kinder und Jugendliche verlieren, wie es so schön heißt, im Laufe der Jahre »ihre Illusionen«. Sie werden »erwachsen«. Aber dieser Prozess ist in der Tat nicht nur Reaktion auf Enttäuschungen und Anpassung an die Realitäten: er ist oft auch ein moralischer Abstieg.

5 Die letzten Passagen der *Animal Farm* sollten immer wieder dazu veranlassen, über die Korruption der Macht und potenzielle Mittel, ihr entgegen zu wirken, nachzudenken:
»There were shoutings, bangings on the table, sharp suspicious glances, furious denials. The source of the trouble appeared to be that [the leader of the pigs] Napoleon and [the leader of the human visitors to the farm] Mr. Pilkington had each played an ace of spades simultaneously.
Twelve voices [hosts and visitors] were shouting in anger, and they were all alike. No question, now, what had happened to the faces of the pigs. The creatures outside lokked from pig to man, and from man to pig, and from pig to man; but already it was impossible to say which was which«.

6 Martin Kutscha: *»Mit Riesenschritten auf dem Weg in den Überwachungsstaat«*; im Internet: http://www.meinepolitik.de/ueberwa.htm.

wichtigste, im gegebenen Zusammenhang relevante Moment: Wer befürchtet, überwacht zu werden, hat oft Angst, seine Meinung aufrichtig zu äußern. Überwachung bringt faktisch eine Einschränkung der Meinungsfreiheit mit sich. Die aber führt zur Stärkung autoritärer und totalitärer Machtstrukturen, die ihrerseits die Sicherheit der Bürger gefährden.

Auch heute setzt Erziehung, und insbesondere moralische Erziehung die Aufrichtigkeit, Glaubwürdigkeit, ja ein – zumindest grundsätzlich – vorbildliches Verhalten der Erzieher voraus, wenn sie so erfolgreich wie möglich sein will. Lüge, Heuchelei, Opportunismus, doppelte Moral und doppelte Standards, Machtdemonstrationen, Einschüchterung und die Diskreditierung rational-kritischer Argumentation sind keine geeigneten Mittel.

Das – freilich kaum überraschende – Fazit meiner Überlegungen jedoch dürfte der Schluss sein, dass die Anerkennung von Menschenrechten in eminentem Sinn Funktion der Möglichkeit argumentativer Auseinandersetzung und der Akzeptanz gültiger Argumente ist. Eine solche Möglichkeit und eine solche Akzeptanz aber setzt eine – vielfach – radikale Änderung der soziopolitischen Wirklichkeit, der Bildungs- und Medienlandschaften und nicht zuletzt der »real existierenden« demokratischen Formen voraus, die – selbst in der BRD – diesen Namen oft nicht mehr verdienen. Den Missbrauch der Terminologie, den »new speech«, der den Krieg als »Friedenspolitik« bezeichnet und preist, kritisierten natürlich auch schon die chinesischen Klassiker des 5. bis 3. Jahrhunderts vor unserer Zeit. Die von ihnen in solchen Zusammenhängen geforderte »Richtigstellung der Bezeichnungen« (*zhengming* 正名) täte auch »uns« gut.

Überwachung bringt faktisch eine Einschränkung der Meinungsfreiheit mit sich. Die aber führt zur Stärkung autoritärer und totalitärer Machtstrukturen, die ihrerseits die *Sicherheit* der Bürger gefährden.

bisher erschienen

VIER ANSÄTZE INTERKULTURELLEN PHILOSOPHIERENS	1	*Beiträge von* Franz M. Wimmer, Raimon Panikkar, Raúl Fornet-Betancourt, Ram Adhar Mall, Niels Weidtmann u. a. (nur noch im Set erhältlich!)
KWASI WIREDUS KONSENSETHIK. EIN AFRIKANISCHES MODELL	2	*Beiträge von* Kwasi Wiredu, Anke Graness, Emmanuel Chukwudi Eze, Gail Presbey, Hakan Gürses u. a.
ANDERE GESCHICHTEN DER PHILOSOPHIE	3	*Beiträge von* Franz M. Wimmer, Mario Magallon Anaya, John C. Plott, Dieter Senghaas u. a.
FRAU & KULTUR. KOLONISIERUNG VON DIFFERENZ	4	*Beiträge von* Rosi Braidotti, Encarnación Gutiérrez Rodríguez, Gayatri C. Spivak, Ursula Baatz, Nkiru Nzegwu, Heinz Kimmerle, Rafael Angel Herra u.a.
ERKENNTNISQUELLEN	5	*Beiträge von* David Lawrence, Aharon Shear-Yashuv, Jakób Stuchlik, Manfred Steger, Hans Schelkshorn, Jay L. Garfield, Shin-Ja Kim, Louis Villoro u.a.
GERECHTIGKEIT	6	*Beiträge von* Henry Odera Oruka, Enrique Dussel, Sungtaek Cho, Nasr Abu Zayd, Chantal Mouffe u.a.
NEUE ONTOLOGIEN	7	*Beiträge von* Uwe Meixner, Thomas B. Fowler, Tobiyuki Nobuhara, Bo Mou, Paul Burger, Käthe Trettin, Bekele Gutema, Franz M. Wimmer u. a.
HYBRIDITÄT	8	*Beiträge von* Monika Fludernik, Claudia Gronemann, Nausikaa Schirilla, Nestor García Canclini, Eske Wollrad, Wolfgang Tomaschitz
ÄSTHETIK	9	*Beiträge von* Mâdâlina Diaconu, Maria José Punte, Karl Baier, Rolf Elberfeld, Roland Faber, Roberto Follari u.a.
PHILOSOPHIE IM 20. JAHRHUNDERT *(Doppelnummer)*	10 11	*Beiträge von* S. Pannerselvam, A. Amaladass, M. Obert, R. Elberfeld, Kitarô Nishida, R. Fornet-Betancourt, Jamel Ben Abdeljalil, Abdelaziz Labib, Azelarab Lahkim Benanni, Dismas A. Masolo, M. Chaui, N. Schirilla, Zoran Mimica u. a.
DAS ZWEITE EUROPA	12	*Beiträge von* Mâdâlina Diaconu, Andrzej Gniazdowski, Tschasslaw W. Kopriwitza, Tanil Bora, Gianni Vattimo, Lukas M. Vosicky, F. Winter, K. C. Ceming u.a.
BIOTECHNOLIGIE	13	*Beiträge von* Jens Schlieter, Byron L. Sherwin, Ilhan Ilkilic, Godfrey B. Tangwa, Petra Gehring, Karin Preisendanz, Anand Amaladass, Karl Baier u. a.

bestellen auf seite 145